



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

φ. τ.: Münchner Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gedanken und an gesundem Empfinden dürfen die Jungfrauen der Pfalz mit ihren norddeutschen Altersgenossinnen den Wettkampf getrost aufnehmen.

Kurz, es ist ein außerlesenes Völkchen, diese Pfälzer. Und wer sie sozusagen in nuce studiren will, dem rathe ich, nach Neustadt zu gehen. Kaiserslautern hat seine große Industrie, Speyer ist Sitz der Regierung und des Bischofs, Zweibrücken zehrt von seinem Appellationsgericht und seinen residenzlichen Erinnerungen, aber das Herz der Pfalz schlägt in Neustadt. Von seiner Bürgerschaft erzählen sich die Nachbarn freilich eine seltsame Geschichte. Eines Abends wurde bekannt gemacht, daß am nächsten Morgen der Gescheidteste gehängt werden sollte; als der Tag anbrach, war es auffallend leer in der Stadt und die Ehefrauen rangen verzweifelt die Hände: sie waren über Nacht sämtlich Stroh Wittwen geworden. Der unbefangene Kritiker erkennt indeß leicht, daß nur der bloße Neid diese Historie erfinden konnte. Daß die Neustädter in der That gescheidte Leute sein müssen, beweist schon der stolze „Saalbau“, den der Fremde beim Austritt aus dem Bahnhof verblüfft anstaunt; sie haben ihre gewaltige Gründung glücklich und glänzend zu Ende geführt, während der „Metropole der Intelligenz“ im Bäderdecker demnächst ein besonderes Kapitel über moderne Ruinen gewidmet werden könnte. Freilich löst sich das Räthsel leicht genug. Die Neustädter „Gründer“ waren keine gewinnlüchtigen Beutelschneider, sondern solide Bürger, erfüllt von thatkräftigem Gemein Sinn und fröhlichem Muth. „Wenn Frankfurt seinen Saalbau hat, warum nicht auch Neustadt?“ So dachten sie und schufen einen Palast, um den die Reichshauptstadt sie beneiden kann. Ja wohl, sie verstehen sich auf den großen Styl, diese Neustädter! Und auch dem Geringfügigen, Alltäglichen wissen sie eine höhere, ja poetische Weihe zu geben. Selbst durch die Hallen der Bierkneipen leuchtet ein Abglanz des ewig Schönen, ja in einer derselben trifft der Wanderer eine Hebe, wie Rafael selber schwerlich jemals ein schöneres Modell gekannt hat; drum hat ihr auch ästhetische Andacht, anspielend auf die Stätte ihrer Geburt, den Namen „Madonna von Dagershaine“ gegeben. — In summa summarum: „Fröhlich Palz, Gott erhalt's!“

Münchener Briefe.

Die am 28. September begonnene und am 21. Oktober geschlossene Landtagsession war eine kurze, aber eine der bedeutungsvollsten in der parlamentarischen Geschichte Bayerns. Der nun seit fast 6 Jahren auf und ab wo-

gende Kampf zwischen Ultramontanismus und Liberalismus, zwischen Rom und Deutschland, der Kammer und Land in zwei Hälften theilt, hat innerhalb dieser ganzen Zeit keinen so entschiedenen Standpunkt genommen, als wie in diesen Wochen, in den letzten Tagen. Bisher konnten wenigstens die Klerikalen glauben, es sei ihnen, bei nur irgend wie ihnen günstigen Chancen, möglich, an die Spitze der Regierung zu gelangen oder doch dem Könige die Ueberzeugung beizubringen, daß die Majorität des Volkes wirklich eine solche Regierung brauche und ersehne — heute liegt alles anders, alle ultramontanen Träume sind verflattert, alle die schönen Hoffnungen der Herren Jörg und Genossen begraben. Und das durch Ein Wort, ein Königswort, das zur rechten Stunde, im Augenblick der größten Verwirrung und höchsten Noth gesprochen worden ist.

Es ist bekannt, wie die Abgeordnetenwahlen dieses Sommers ausgefallen sind. Beide Parteien hatten das Möglichste aufgeboten, das alte Terrain zu behalten und neues zu gewinnen. In ersterer Beziehung war es den Liberalen in der Pfalz, Mittelfranken und fast allen großen und größeren Städten gelungen, in letzterer konnten sie neue Siege in Schwaben, Unter- und Oberfranken verzeichnen und sogar die ultramontane Oberpfalz hatte sich, indem dort zwei freiheitliche Wahlkandidaten durchgingen, um den Ruhm ihrer klerikalen Jungfräulichkeit gebracht. Aber doch standen den 77 liberalen Abgeordneten 79 ultramontane gegenüber, eine streng geschlossene Schaar, von der Herr Jörg, ihr bis an die Zähne gewappneter Führer, in der Adreßdebatte zu behaupten sich vermaß, daß diesmal kein wurmfistichiger Apfel „unter ihr erfunden“ werden würde, womit er in sehr collegialer Erinnerung auf die „Umgefallenen“ der letzten Session zielte, d. h. die in den Stunden nationaler Entscheidung das Herz gehabt hatten, von der Seite Roms auf die Seite Deutschlands zu treten. Man war in den klerikalen Reihen sicher, diesmal nur „Entschiedene“ gewählt zu haben, die diesem Ministerium, dieser Regierung keinen Tag mehr gönnen würden, deren erste Handlung sein müsse, die rothen Fauteuils von diesen „Friedensstörern“, diesen „Verfolgern der Kirche“, und welche Epitheta man sonst für Herrn v. Lux und seine Kollegen hatte, zu säubern und sie mit würdigen Männern zu besetzen. Es war wahr: alle gemäßigten Elemente der Rechten der letzten Kammer, mit denen im Laufe der Zeit wenigstens für praktische Fragen ein ganz erträglicher *modus vivendi* hergestellt worden war, hatte man ausgemerzt: was auf jener Seite am 27. September den Eid in die Hände des Stellvertreters des Königs ablegte, war schwarz, kohlschwarz, untadelig vor den Augen der Führer des patriotischen Clubs und des Nuntius in München. Man konnte sich auf die schönsten Reden gefaßt machen, wenn Redakteure der extremsten Blätter, wie Kittler und Ratzinger, Sekkapläne wie Hennemann, klerikale Beamte, wie Kopp und Schels, sana-

tische Priester, wie Molitor und Rußwurm in die Arena eintreten würden. Und die Erwartungen sollten nicht getäuscht werden.

Die Kammer wurde constituirt. Daß die Majorität von zwei Stimmen gegenüber einer so namhaften Minorität doch irgend welche Rücksichtnahme auf das letztere Verhältniß nehmen würde, hätte man allerdings nach gewöhnlichen parlamentarischen Regeln voraussetzen sollen, allein man war einmal nominell Sieger auf der Wahlstatt geblieben, man mußte das nun auch bei Bestallung des Direktoriums ausnützen. So nahm man die beiden Präsidenten, wie die zwei ersten Schriftführer, und zwar die Herren von Dw und Dr. Kurz, sowie die Herren Jörg und v. Soden, aus der zweistimmigen Majorität und bot der Linken großmüthig nur die beiden letzten Schriftführer an, auf welche Großmuth aber zu verzichten letztere durch Abgabe weißer Stimmzettel documentirte. Bei der Wahl der ständigen Ausschüsse verfuhr man schon etwas entgegenkommender; zwar sicherte man sich auch hier die Majorität, aber man brauchte doch hier, namentlich für den Finanzausschuß, dem die Bearbeitung des Budgets obliegt, wirkliche Kräfte, Arbeiter, erprobte, erfahrene Leute. Und mit denen konnten die „Ganzen“ und „Entschiedenen“ der herrschenden Partei doch nicht so gar dick thun. Deshalb hatte man gar nichts dagegen, daß die, welche im letzten Landtag den Löwenantheil der wahren Arbeit hatten, ihn diesmal wieder, trotz ihres Liberalismus vom reinsten Wasser, zugetheilt erhielten.

Die Sitzungen begannen. In der ersten derselben schon brachte, wie ihre Organe voraus feierlich angekündigt hatten, die Rechte durch den Mund des zweiten Präsidenten, Dr. Kurz, k. Oberapellrathes in München, den Antrag auf Erlassung einer Adresse an den König ein. Der erste Posten zum Angriff war damit vorgeschoben. Der Landtag war ohne Thronrede eröffnet worden, also eine formale Veranlassung zu einer Adresse gar nicht vorhanden — und die materielle Begründung: die Trauerfälle, welche in der jüngsten Zeit das königliche Haus betroffen — die umgestaltenden Ereignisse der letzten Jahre — jedermann wußte, daß das nur eine sehr durchsichtige Schale für einen ganz anders gearteten Kern war. Man mußte eine Handhabe für den Hebel haben, der gegen das verhaßte Ministerium angesezt werden sollte — und die war die Adresse.

Die Liberalen erklärten sich gegen eine solche, indem, wie ihr Organ, Freiherr von Stauffenberg ausführte, sie die eigentliche Absicht der Adresse gar wohl durchschauten, aber gar keinen Anlaß fänden, an einem Sturmlauf auf die gegenwärtige Regierung theilzunehmen, sondern für nöthig hielten, sofort in die praktischen Geschäfte einzutreten, wobei genug Gelegenheit gegeben sein würde, Wünsche und Beschwerden, die man man auf dem Herzen habe, zur Sprache zu bringen.

Das war es aber eben nicht, was man wollte. Es sollte Staub auf-

gewirbelt, es mußte der lang verhaltene patriotische Schmerzensschrei an den Stufen des Thrones zu Gehör gebracht werden. Die zwei Stimmen Majorität thaten ihre Schuldigkeit: Die Erlassung einer Adresse ward beschlossen und der Ausschuß von 15 Mitgliedern für die Berathung derselben gewählt, Herr Jörg von diesem zu seinem Referenten ernannt. Als solcher schlug nun dieser wiederum ein ganz eigenes, bisher unerhörtes Verfahren ein. Ohne, wie er auf sein Wort behauptete, mit seinen Fraktionsgenossen in irgend welche Communication zu treten, entwarf er ganz nach eigenen „historisch-politischen“ Gesetzen die Adresse, ließ dieselbe unter höchst eigener Verantwortung autographiren, ohne aber zuzugeben, daß diese Entwurfsexemplare an die einzelnen Ausschußmitglieder zur Kenntnißnahme vertheilt würden, sondern muthete vielmehr den Ministern, wie den liberalen Commissionsmitgliedern zu, sich einfach das Aktenstück vorlesen zu lassen und dann sofort in die Discussion desselben einzutreten. Auf solche Ungeheuerlichkeit sich eine Anklage dieser Art, wie Jörg's Adressentwurf gegen die Regierung sowohl als gegen die andere Hälfte der Kammer eine war, einfach zur Kenntnißnahme bringen zu lassen und keine Minute Zwischenzeit zur Antwort haben zu sollen, ging man denn doch nicht ein. Eine zweite Ausschußsitzung, bei welcher auch für die Mitglieder des Hauses die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, folgte, und in dieser kramte schon der päpstliche Schildknappe von der Trausnitz alles aus, was in verschärfter Weise gegen dies unheilvolle Ministerium in öffentlicher Sitzung gesagt werden sollte. Die Minister, wie die Liberalen verhielten sich schweigend, schon dadurch die Hoffnungen der Gegner auf eine leidenschaftliche Ausschußdebatte enttäuschend.

Aber diese Enttäuschungen sollten noch bitterer kommen. Was sollten die Liberalen sich mehr, als nur äußerst nothwendig an der Verhandlung über eine Adresse betheiligen, deren Inhalt und Ton über alles bis daher Dagewesene und Erlaubte hinausging? Wenn sie durch einen einzigen Redner nur scharf und präcis ihren negativen Standpunkt zu dem Jörg'schen Entwurf bezeichnen ließen, so war das genug. Und dieser Einzige — einzig in jeder Beziehung — war Freiherr v. Stauffenberg. Vom Präsidentenstuhl wieder an die Spitze der liberalen Fraktion getreten, ist dieser unübertreffliche Mann wieder an seiner alten, rechten Stelle, an welcher er seiner Partei mehr nützen kann, denn selbst als Leiter der parlamentarischen Verhandlungen. Das bewies wieder schlagend seine Rede am 13. d. M. Nachdem Jörg die Begründung seiner Adresse mit den heftigsten Angriffen auf die Wahlkreisentheileung des Ministeriums, das trotz seiner in der Wahlschlacht erlittenen Niederlage ganz ungenirt vor der Kammer erscheine, begonnen und die kühne Behauptung aufgestellt, daß die zwei Stimmen ultramontaner Majorität nach seinen statistischen Berechnungen 2 Millionen Bayern repräsentirten, daß das

Ministerium, weil der Justizminister von Nationalliberalen zum Abgeordneten gewählt worden, selbst nationalliberal, also ein Parteiministerium sei, daß, anstatt der 79, wenigstens 90 patriotische Abgeordnete da sein müßten, daß die gegenwärtige Regierung eine der Corruption sei, welche die öffentliche Meinung und das Volk vergewaltige u. s. w. — trat diesen Expektorationen, welche eben wieder einmal zeigten, daß der Herausgeber der „gelben“ (historisch-politischen) Blätter ein gewandter Publizist, aber nichts weniger denn ein Parteiführer in großem Style ist, daß ihm jeder große Zug, jede große staatsmännische Auffassung abgeht —, Minister von Ruß entgegen. Er hielt eine Rede, wie wir sie selten von diesem redegewandten Mann vernommen, offener heraustretend, wie früher, und derber wie je. Der „Ton“ der Adresse schmeckte ihm nach „Bauernvereinen“; den gegenwärtigen Zustand kennzeichnete er als den acuten Zustand des Kampfes zwischen Staats- und Kirchengewalt, über welchen die Adresse hinwegzuschlüpfen suche; rücksichtslos deckte er die sogar auf sozialistische Hülfstruppen recurrirende Wahlagitation der bayerischen Bischöfe auf und in glänzender Weise vertheidigte er endlich die deutsche Politik der bayerischen Regierung. Der Boden für den Führer der Liberalen war bereitet.

Keiner der bedeutenden Redner der letzteren hätte das sagen können, was Stauffenberg sagte, oder mit Gleichem gleichen Eindruck machen können, als er —. Daß der bisherige Präsident der Kammer, der von der rechten Seite des Hauses auch stets als ein Bild ritterlicher Untadeligkeit gepriesene Freiherr es war, der dieser Rechten seine Worte des glühendsten, aus der tiefsten, sittlichsten Erregung seiner patriotischen Seele gebornen Zorns entgegenschleuderte und ihr versicherte, daß sie es gewesen, die seit lange den Unfrieden ins Land gebracht und daß von heut an das „Tischtuch zwischen ihr und den Liberalen zerschnitten sei“, konnte seinen Eindruck auch auf jener Seite nicht verfehlen. Ganz verblüfft aber saß die schwarze Schaar, als der Redner am Schluß den von sämmtlichen Liberalen unterzeichneten Protest gegen die Adresse und ihre Erklärung, an der fernern Debatte sich mit keinem Zuge mehr theilnehmen zu wollen, vorlas. Damit war das ultramontane Concept total verrückt: keine Redner von der Linken mehr? Was sollten die von der Rechten allein noch sagen? Zwei von ihr, die Herrn Molitor und Ropp versuchten es an dem Tage noch, aber armselig genug. Das Hauptfiasco aber war ihr für den zweiten Tag aufbehalten.

Hier ritt der streitbarste der streitbaren geistlichen Herrn, Herr Rußwurm, der das „unterdrückte katholische Volk“ auch im Reichstag bejammert, zuerst mit eingelegter Lanze auf das Turnierfeld. Kirchen-Religionsverfolgung überall, wohin er sieht, wohingegen der Clerus ganz harmlos daheim sitzt und sich von jeder politischen Agitation fern hält; Entgegnungen gegen Ruß und Grenzboten IV. 1875.

Stauffenberg in schönster Oberpfälzer Manier und schließlich der catilinarische Ruf: „hinaus mit den Wahlkreisgeometern aus dem Ministerium!“ Aber nicht Herrn Ruffwurm sollte die Palme oratorischen Talents gebühren; seine Lorbeern ihm vielmehr streitig gemacht werden von dem k. Bezirksgerichtsrathe Herrn Schels zu Regensburg. Dieser brachte es zu einer Scene, wie sie die bayrische Abgeordnetenkammer niemals, eine andere parlamentarische Versammlung selten erlebt hat. Gleich der Anfang seines Sermons gipfelte in den bösslichsten Verdächtigungen und Verläumdungen der liberalen Partei; als jene sich aber bis dahin verstiegen, daß diese für gemeine Ausfälle fremder Witzblätter auf den König von Bayern verantwortlich gemacht und des Anstrebens des Einheitsstaates begünstigt wurde, da war's mit der Geduld der Linken zu Ende. Unter dem rauschenden Beifall der Tribünen, welche bis auf den letzten Winkel hinein besetzt waren, verließ sie, wie Ein Mann, den Saal, in welchem bei solchen Vorkommnissen länger zu bleiben ihre Ehre ihr verbot. Der Präsident schien weniger feinsüßig zu sein, denn erst, nachdem der Ministerpräsident das Wort ergriffen und unter dem Ausdruck der tiefsten Entrüstung sein Bedauern ausgesprochen hatte, daß das Ministerium nicht dem eben gegebenen Beispiele folgen könne, raffte er sich auf und ertheilte dem frivolen Redner den, allerdings dann ziemlich scharf gefaßten Ordnungsruf. Aber es war geschehen: das enfant terrible hatte der ultramontanen Partei die schwerste Wunde geschlagen. Sprach auch noch der klerikale Abgeordnete Freytag in der Richtung nach Ausgleich und Versöhnung hin, kamen auch die Liberalen nach ausdrücklichem Protest gegen die Wiederholung solcher Scenen wieder in den Saal zurück, — der Banterott der Adreßdebatte war doch entschieden. Noch vertheidigte der Minister des Innern v. Pfeuffer sehr geschickt die Geseßlichkeit seiner Wahlkreiseintheilung, dann kam es zur Abstimmung, die freilich, da keine von den zwei Millionen repräsentirenden Mehrheitsstimmen fehlte, die Annahme der Adresse entschied. „Wir flehen Ew. Majestät an, geben Sie uns ein Ministerium, das den Frieden sucht“, hatte Jörg seine Schlußreplik geendet. Es kam nun darauf an, ob dies patriotisch-klerikale Flehen den Weg in die Vergeinsamkeit des Königs fand.

Das Entlassungsgesuch der Minister, die diesmal, im Gegensatz zu 1870, doch solidarisch zusammenhielten, eilte dorthin, dem Gesuch des Kammerpräsidenten um eine Audienz für die Adreßdeputation voraus. Sieben bange, ungewisse Tage folgten. Die unbestimmtesten, sich widersprechendsten Gerüchte durchbrausten die Residenz. Bald sollte jene Entlassung bewilligt sein und man sah die Herren des katholischen Casinos, in welchen die patriotische Kammerfraktion ihren Sitz hat, sehr gehobenen Hauptes herumgehen, bald hieß es wieder dagegen, daß der Monarch gar nicht besonders gut auf die

heuchlerischen Royalitätsversicherungen der Majorität zu sprechen sei und nicht daran denke, die Minister fortzuschicken, sondern dies eher mit der hohen Kammer zu thun vorhätte. Daß des Königs Stimmung in der That keine Herrn Jörg und den hinter diesem Stehenden besonders günstige sein konnte, dafür hatten — ein glücklicher Zwischenfall — die Herren Bischöfe Haneberg von Speier und Emmanuel Ketteler von Mainz vorgearbeitet. Die famose Oggersheimer Affaire konnte den Patrioten nicht ungelegener kommen. Wegzuleugnen, wie sie sonst bei dergleichen Dingen stets bei der Hand sind, war hier nichts. Es war Thatsache, daß Bischof Ketteler es gewagt hatte, eine Nichtantwort des Königs, bei dem die telegraphische Anfrage, ob Hochwürden von Mainz um 7 Uhr Abends in Oggersheim predigen dürfe, um 8 Uhr eingelaufen war, für eine Antwort zu nehmen und so sammt seinem Speierer Collegen dem bayerischen Cultusministerium ein Schnippchen zu schlagen. Und so war man auf dem besten Wege, den außs Aeußerste aufgebrachten König, der in zwei rasch aufeinander folgenden, sehr decidirten Handschreiben Herrn v. Lutz zu energischem Einschreiten gegen Haneberg aufforderte, für den Empfang der Adreßdeputation geneigt zu machen. König Ludwig entschied, wie man von ihm, der schon mehr als einmal in schweren Krisen das allein richtige, den auf allen Gemüthern lastenden Bann lösende Wort gesprochen, keine andere Entscheidung erwarten konnte. In der letzten Sitzung der Kammern am 21. October mußte Präsident v. Dm die bittere Pille des allerhöchsten Signats verschlucken, nach welchem der König sich nicht bewogen fand, die Adresse entgegenzunehmen, und dem Kammerpräsidenten zugleich sein ernstliches Befremden über den Ton, in den einzelne Kammerredner verfallen waren, aussprach. War damit schon der so siegesgewissen clerikalen Partei eine empfindliche Zurechtweisung erteilt, so traf sie aber noch mehr und schwerer das gleichzeitig vom Cabinetsecretair von Eisenhard an das Gesamtministerium überbrachte königliche Handschreiben, in welchem dieses des vollsten, ungeschmälerten Vertrauens des Monarchen versichert und aufgefordert wurde, sich auf die maßvoll Denkenden im Lande zu stützen. Damit war der zu Anfang von uns angedeutete Wendepunkt der jüngsten bayerischen internen Geschichte eingetreten. Der König hat ganz entschieden, ohne dadurch irgendwie constitutionelle Formen zu verletzen, Stellung genommen, die ultramontanen Anmaßungen, die ihm geradezu die alte Welfenfahne in die Hand, die Führerschaft im Kampfe gegen das Reich aufzwingen wollten, ein für allemal ab- und zurückgewiesen und die Möglichkeit fürs erste wenigstens gezeigt, wie der Kampf der Parteien im Lande zum Frieden sich wenden kann. Es wird sich nun freilich zeigen müssen, ob der „maßvoll Denkenden“ auch auf der patriotischen Schlachtfeld mehr sein werden, als der Verführten und Verheßten, die nur auf die Schlagwörter gehen, die ihnen

von den klerikalen Agitatoren vorgesagt werden; ob sich namentlich die Beamten und Staatsdiener in der Kammer besinnen werden, ob es mit der in jedem geordneten Staate unabweisbar nothwendigen Disziplin vereinbar sei, sich weiter in offenbar auslehrenden Widerspruch mit einer Regierung zu setzen, die so deutlich des königlichen Vertrauens würdig bezeichnet worden ist. Weil sich das bald zeigen wird und muß, deshalb hat man wohl auch die Kammer nur vertagt, nicht, wie es von manchen Seiten angerathen wurde, aufgelöst. Bis zum Januar, wenn der Schluß des Reichstages die Widerberufung der Abgeordneten ermöglichen wird, wird man dafür sichere Fühlung haben. Bis dahin muß ein provisorisches Steuergesetz vorgelegt werden. Verweigern dann, wie die Extremen wollen, die „Patrioten“ die Forterhebung der Steuern, dann freilich muß die Auflösung eintreten. „Aber“, sagt das Organ des Pfarrer Lucas, des größten Antipoden Jörg's im eignen ultramontanen Lager, die „Donauzeitung“, „das“, nämlich das Budget, nicht zu bewilligen, „trauen sich die Patrioten nicht zu thun; nur nichts erwarten, was an hundert Meilen einer Aktion gleich käme. Die Minister wären allerdings entschlossen, an das Land zu appelliren, aber — wir sagen es mit aller Bestimmtheit voraus — sie werden es nicht nöthig haben.“ Herr Lucas war bisher nie ein so schlechter Prophet, als wie sich stets Jörg erwiesen — und er wird auch diesmal Recht behalten.

Vorderhand ist der Vorhang über dem Theater der Brannersgasse zu München gefallen. Wenn er wieder aufgeht, wird uns wohl manch ein „andres Bild“ gezeigt werden. Als Satir- oder Zwischenspiel nach antiker Weise wird inzwischen die Fehde zwischen dem Cultusminister v. Luz und dem Bischof von Regensburg, Ignatius von Senestrey agirt. Ersterer hatte bekanntlich in seiner Adreßdebatte-Rede den würdigen Kirchenfürsten beschuldigt, daß er an seine Diözesanen eine Weisung habe ergehen lassen, „daß der Clerus seine kirchliche Gesinnung dadurch bethätigen möge, daß er unter Benützung der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die in Folge der neuen Erscheinungen auf dem socialen und politischen Gebiete eingetretenen Mißstände in Handel und Wandel die Leute zur Wahl von solchen Vertretern anzuleiten suche, deren echt kirchliche Gesinnung die nöthige Bürgschaft gibt.“ Herr von Senestrey ließ diese Insinuation erst durch ein in öffentlicher Sitzung der Kammer verlesenes Telegramm ableugnen und forderte dann in einem für solche Zwecke nicht mehr ungewöhnlichen, „offenen Briefe“ den „Minister zum Beweise oder zum Widerruf“ auf. In einer, ebenfalls in offene Briefform gekleideten Antwort tritt nun Herr v. Luz den erstern an, und bezeichnet als „Zeugen der Nachricht seiner Behauptung“ sämmtliche Mitglieder des bischöflichen Ordinariats, die Dekane und Pfarrer des Bisthums, und fordert den Bischof auf, diese alle vor einem zu bestellenden Schiedsgericht vernehmen

zu lassen. Denn erst dann, wenn diese Erhebung ihn Lügen strafen würde, würde er, der Minister, öffentlich erklären, daß er falsch berichtet worden sei.“ Auf die Duplik auf diese Replik sind wir eben so gespannt, wie auf das Weitere, was sich vor und hinter den Coulissen bis zum 1. Januar entwickeln wird. Jedenfalls werden die „Münchener Briefe“ davon zu rechter Zeit berichten.

G. T.

Die österreichischen Sozialisten.

Wien, Ende Oktober.

Im Augenblicke, wo zwischen den beiden Reichshälften der Monarchie die ersten Vorposten zu dem Kampfe bei der Erneuerung des Ausgleiches schon ausgestellt sind, scheinen die verschiedensten Faktoren, freilich aus eben so verschiedenen Motiven, das Bedürfnis zu einem Rückblick auf die abgelaufene Ausgleichsepoche zu fühlen. So hat vor wenigen Tagen Finanzminister Dr. Pretis einen Exkurs auf finanzpolitischem Gebiete unternommen, und dabei einige interessante, in ihren Ergebnissen aber nichts weniger als erfreuliche Thatsachen zu Tage gefördert, welche sich dahin zuspitzen, daß wir wiederum bei dem „unsterblichen Deficit“ angekommen sind, während nahezu gleichzeitig von anderer Seite die ebenfalls unter der Last der wirthschaftlichen Krisis seufzenden Arbeiter in ihrer Entwicklungsgeschichte in der angegebenen Periode uns vorgeführt werden.

Dieser Aufgabe hat sich der bekannte Arbeiterführer und Publizist Heinrich Oberwinder unterzogen. In seiner „Die Arbeiterbewegung in Oesterreich“ betitelten Schrift, entwickelt der Autor einige bisher unbekannt gewesene Beiträge zur Geschichte des Socialismus und bemüht sich, mit anerkennenswerther Offenheit die Fehler desselben klarzulegen, zugleich aber auch zu zeigen, daß das Gespenst, von der Nähe aus betrachtet, gar nicht so schrecklich sei. Die Schilderung der Parteibildung, ferner die Vertheidigung der „Internationalen“, welche jetzt schon die eigentlich radikalen Elemente von sich ausgeschlossen habe, sind indeß für uns weniger beachtenswerth, als die Darlegungen betreffs der Verbindung zwischen den deutschen und den österreichischen Arbeitern, die Hoffnungen und die Sympathien dieser beiden Parteien und endlich ihr Kampf mit dem Ultramontanismus.